



Kreisverband Böblingen

Kreistagswahlprogramm für die Kommunalwahl 2024

– beschlossen durch die Kreismitgliederversammlung am 21. September 2023

Prolog

Der Landkreis Böblingen ist einer der wirtschaftsstärksten Landkreise in Deutschland. Das ist die Grundlage unseres Wohlstands. Die Politik muss ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Grundlage auch in Zukunft erhalten bleibt. Deshalb brauchen wir eine leistungsfähige Verwaltung, die private Investitionen fördert und nicht behindert, und eine belastbare Infrastruktur, die erhalten und ausgebaut werden muss.

Die Aufgaben des Landkreises – und mit ihnen die Ausgaben – wachsen kontinuierlich. Die Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, für die notwendige Ausstattung mit Ressourcen zu sorgen und die Effizienz kommunalen Handelns – wo möglich – zu erhöhen.

Für die Wahlperiode des Kreistages von 2024 bis 2029 streben wir folgende Handlungsschwerpunkte an:

I. Gesundheitswesen und Krankenhäuser

Die Flugfeldklinik ist die mit Abstand größte Investition, die der Landkreis derzeit zu realisieren hat. Wir wollen dazu beitragen, dass der Bau der Klinik zügig vorangeht und abgeschlossen wird und der Krankenhausbetrieb in dem dann modernsten kommunalen Krankenhaus in Baden-Württemberg 2025 aufgenommen werden kann.

Die Flugfeldklinik wird in gemeinsamer Verantwortung des Landes und des Landkreises finanziert. Wir streben an, dass das Land seinen Beitrag zum Bau der Klinik in den nächsten Jahren noch erhöht. Es ist Illusion, zu glauben, dass die Betriebsergebnisse der Klinik einen hohen Beitrag zur Refinanzierung der Investitionsausgaben leisten können. Notwendig ist, dass die Baukosten, soweit sie nicht das Land trägt, zeitnah aus dem Haushalt des Landkreises finanziert werden.

Um die für den Betrieb notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass der Landkreis weiteren Wohnraum schafft, der speziell für Mitarbeiter der Flugfeldklinik vorgehalten wird.

Die Konversion der durch die Flugfeldklinik freiwerdenden Grundstücke in Sindelfingen und Böblingen ist eine Angelegenheit der Städte. Wir wollen, dass der Landkreis die Planungshoheit der beiden Städte respektiert.

Der neue Kreistag wird eine Reform der Krankenhausstruktur im Kreis Böblingen zu beschließen haben. Wir wollen, dass das Krankenhaus in Leonberg auch in Zukunft eine bedeutende Rolle bei der Gesundheitsversorgung der Menschen im Nordkreis spielen wird. Notwendig ist dabei eine Spezialisierung auf qualitativ hochwertige, spezielle Dienstleistungen, sowie ein Ausbau der geriatrischen Reha, um insbesondere älteren Menschen eine Nachbetreuung vor allem nach chirurgischen Eingriffen anbieten zu können. Außerdem muss Leonberg weiter der Standort des Rettungshubschraubers bleiben.

Für das Krankenhaus in Herrenberg muss vor dem Hintergrund der bundesweit anstehenden Krankenhausstrukturreform eine ergebnisoffene konzeptionelle Diskussion geführt werden, in der die Sorgen und Wünsche der Herrenberger Bevölkerung ernst genommen werden.

Unser Ziel ist es jedenfalls, dass die drei Krankenhäuser im Landkreis Böblingen künftig ein positives Betriebsergebnis erwirtschaften. Eine Struktur, die Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge zur Abdeckung der Defizite erfordert, überfordert auf Dauer die Leistungsfähigkeit der Gemeinden des Landkreises.

Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um die Versorgung der Einwohner des Kreises mit ambulanten medizinischen Dienstleistungen sicherzustellen. Hier wird es eines kooperativen Tätigwerdens der Städte und Gemeinden und des Landkreises bedürfen, um für junge Ärzte attraktive Bedingungen zu schaffen, sich im Landkreis anzusiedeln. Wir setzen uns weiterhin dafür, dass der Landkreis Böblingen dem Beispiel anderer Landeskreise folgend ein „Hausärzte-Stipendium“ anbietet.

II. Breitbandversorgung und Digitalisierung

Die FDP unterstützt die Bemühungen des Landkreises, das Glasfasernetz im Landkreis zügig auszubauen. Wir begrüßen, dass bereits 50 Prozent der Privathaushalte und nahezu alle Unternehmen mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet sind. Wir unterstützen das Ziel, dass bis spätestens 2028 alle Haushalte Zugang zu einer Glasfaser Verbindung haben.

Die FDP begrüßt, dass der Landkreis den Großen Kreisstädten die Möglichkeit gelassen hat, mit ihren leistungsfähigen Stadtwerken Sonderwege zu gehen, die ebenfalls zu einer zügigen Versorgung mit Breitbandverbindungen führen.

Von der Landkreisverwaltung erwarten wir, dass sie die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen und -dienstleistungen vorantreibt und hier die Möglichkeiten moderner Technik vorbildlich einsetzt.

Der Landkreis muss in den kommenden Jahren darauf hinwirken, dass die Mobilfunkversorgung im Landkreis verbessert wird und die noch immer bestehenden „Funklöcher“ geschlossen werden.

III. Bildung, Betreuung und Jugend

Der Landkreis trägt Verantwortung für die Berufsschulen, die Zentren für Sonderpädagogik und – gemeinsam mit den Gemeinden – für die Kindergartenversorgung im Landkreis.

Die Berufsschulen sind nach Auffassung der FDP ein wichtiges Fundament für die Leistungsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft. Dort werden jene Fachkräfte ausgebildet, die wir brauchen, um die Zukunft der Unternehmen und der öffentlichen Einrichtungen zu sichern. Deshalb hat es für die FDP hohe Priorität, den Sanierungsbedarf an den Berufsschulen zügig zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass die berufliche Bildung in angemessenem Rahmen und mit der notwendigen technischen Ausstattung angeboten werden kann.

Der vom Landrat auf den Weg gebrachten Schulstrukturreform sehen wir mit Interesse entgegen. Eine räumliche Konzentration kann zu mehr Effizienz bei der Aufgabenerfüllung sorgen.

Die Zentren für Sonderpädagogik werden vom Landkreis seit jeher vorbildlich betreut und ausgestattet. An dieser Politik, über die ein überparteilicher Konsens besteht, wollen wir auch in Zukunft festhalten.

Im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten, die für die frühkindliche Entwicklung und für die Erwerbsbeteiligung der Eltern von elementarer Bedeutung sind, sehen wir in erster Linie die Städte und Gemeinden in der Verantwortung. Es muss uns gelingen, neben der gewohnt hohen Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung vor allem auch die notwendige Zuverlässigkeit zu gewährleisten.

Die FDP würde es begrüßen, wenn sich neben dem Hermann-Hollerith-Zentrum in Böblingen weitere Hochschuleinrichtungen im technologiestarken Landkreis Böblingen ansiedeln.

Um die Interessen von Jugendlichen umfassend und gewissenhaft zu erheben, soll jährlich eine digitale Umfrage zu Wünschen für den Landkreis durchgeführt werden. Diese soll veröffentlicht und den Gremien zur Debatte vorgelegt werden.

IV. Sozialpolitik

Der Sozialhaushalt des Landkreises ist nach wie vor der bei weitem größte Teil des Haushalts. Er beansprucht 60 Prozent des Budgets, über das der Landkreis verfügt.

Die Hälfte der Sozialausgaben entfällt auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Die Vorgaben insbesondere des neuen Bundesteilhabegesetzes sind für den Landkreis verbindlich und lassen wenig Spielraum für die Kommunalpolitik. Der Aufwand für die Verwaltung ist hoch, für jeden Betroffenen muss ein individueller Teilhabeplan erstellt werden. Die FDP steht zu den Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes und sieht hier keine wesentlichen Einsparmöglichkeiten, es sei denn Bund und Land erhöhen ihre Zuschüsse in diesem Bereich.

Die Grundsicherung, die jetzt in den meisten Fällen als Bürgergeld gewährt wird, ist mit den Entscheidungen des Bundes ebenfalls aufwendiger und arbeitsintensiver geworden.

Die FDP unterstützt nach wie vor das Prinzip, dass im Bereich der Jugendhilfe so früh wie möglich eingegriffen werden muss. Gemeinsam mit den anderen Parteien sind wir der Meinung, dass dadurch im weiteren biografischen Verlauf der Einzelfälle Ausgaben eingespart werden können.

V. Flüchtlinge

Die Kapazitäten des Landkreises zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen sind zu 90 Prozent ausgeschöpft. Auch die Städte und Gemeinden sind hinsichtlich der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen an ihren Leistungsgrenzen angelangt. Auf eine weitere Landesaufnahmeeinrichtung im Landkreis Böblingen ist zu verzichten.

Wir fordern, dass das Land wenigstens die finanziellen Lasten, die für unsere Kommunen durch die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung entstehen, übernimmt.

Wenn es gelänge, die Flüchtlinge aus der Ukraine wieder den Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes zu unterstellen, wären hier Einsparungen in Millionenhöhe möglich. Darüber muss der Bundesgesetzgeber entscheiden.

Noch wichtiger ist aber, dass der Bund und die Länder dafür sorgen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die in unsere Region kommen, wirksam begrenzt wird. Das Land sollte überprüfen, ob bei der Zuweisung der Flüchtlinge stärker regional differenziert werden kann. Die Anstrengungen zur Rückführung ausreisepflichtiger Flüchtlinge sind spürbar zu erhöhen. Ziel sollte es sein, Flüchtlinge, die nicht ausreisepflichtig sind, in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu vermitteln und in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Wir sehen dabei in Vereinen eine hervorragende Möglichkeit, dies zu unterstützen.

VI. Finanzen des Landkreises

Die FDP tritt dafür ein, dass der Finanzbedarf des Landkreises jeweils zeitnah gedeckt wird. In Jahren mit hohem Ausgabenbedarf kann dies bedeuten, dass die Kreisumlage erhöht werden muss. Eine Verlagerung auf eine zusätzliche Verschuldung bedeutet, dass wir den Städten und Gemeinden eine Hypothek auf die Zukunft auferlegen, die zu einem späteren Zeitpunkt die Handlungsfähigkeit vor allem der kleineren Gemeinden übermäßig einschränken wird.

Die Verschuldung, die durch die Finanzierung der Flugfeldklinik entsteht, muss ebenfalls zügig und geplant abgetragen werden, da auch hier anderenfalls die Gefahr einer übermäßigen finanziellen Belastung der Städte und Gemeinden und der künftigen Generationen entstehen kann.

Das Landratsamt braucht eine adäquate personelle Ausstattung, um auch künftig seine Aufgaben zu bewältigen. Dabei sollen Potenziale zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung, zum Beispiel durch Digitalisierung, genutzt werden.

VII. Investitionen

Wir erwarten, dass der Landkreis die begonnenen und geplanten Investitionen mit der gebotenen Dynamik vorantreibt.

Neben dem Bau der Flugfeldklinik und der Sanierung der kreiseigenen Schulen erwarten wir, dass auch notwendige kleinere Investitionen auf den Weg gebracht werden. Soweit sich Investitionen – wie z.B. die Erweiterung des Landratsamtes – als (noch) nicht notwendig erwei-

sen, unterstützen wir im Interesse der Begrenzung der Kreisumlage eine Vertagung. Bei zukünftigen Investitionsentscheidungen muss der Nachhaltigkeit besondere Rechnung getragen werden.

Im Bereich des Straßenbaus steht nach einer Investitionswelle in den letzten Jahren jetzt der Erhalt der Kreisstraßen im Vordergrund. Weitere Investitionen sind allerdings bei der Verbindungsstraße zwischen Nebringen und Sindlingen und bei der Verbindungsstraße Grafenau – Aidlingen erforderlich. Beim Ausbau von Landes- und Bundesstraßen ist erforderlich, dass der Landkreis die Entscheidungsträger zur schnellen Umsetzung der Maßnahmen drängt, wie Ausbau des sog. Lückenschluss bei Renningen, die Sanierung der Straße zwischen Weil der Stadt-Hausen und Heimsheim. Im Bereich des Ausbaus der Radwege sind noch einige ergänzende Investitionen erforderlich.

VIII. Öffentlicher Personenverkehr

Die FDP begrüßt, dass durch das Deutschland-Ticket (49-Euro-Ticket) ein für viele Menschen gut erschwingliches Ticket eingeführt wurde, das die leidigen Tarifdiskussionen der letzten Jahre hoffentlich obsolet macht.

Wichtig ist, dass das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr zuverlässig und nachfrageorientiert ist. On-Demand-Verkehre sind als Ersatz dort zu prüfen und umzusetzen, wo sie bedarfsgerecht eingesetzt werden können. Einsparmöglichkeiten bestehen an nachfrageschwachen Tagen und Tageszeiten.

Im Landkreis liegt uns Freien Demokraten besonders die Zukunft der mittelständischen Busunternehmen am Herzen. Wir begrüßen die Aktivitäten des Schutzschirms während der Corona-Pandemie und hoffen, dass es gelingt, dass die Busunternehmen im ÖPNV wieder zu ihrer alten Leistungsfähigkeit zurückfinden. Soweit neue Konzessionen zu vergeben sind, streben wir einen Zuschnitt der Konzessionsgebiete an, der Bewerbungen mittelständischer Unternehmen erleichtert.

Beim Schulbusverkehr ist mehr denn je die Zuverlässigkeit der Angebote der entscheidende Faktor. Auch hier setzen wir auf mittelständische Busunternehmen, die im Auftrag des Landratsamtes den Schulbusverkehr übernehmen.

Wir sehen mit Zuversicht dem Einsatz der neuen Züge bei der Schönbuchbahn entgegen. Damit wird die Versorgung der Gemeinden der Schönbuchlichtung mit öffentlichem Nahverkehr hoffentlich dauerhaft gesichert.

Bei der Hermann-Hesse-Bahn befürworten wir als erste Stufe eine Verbindung zwischen Calw und Weil der Stadt. Die Verlängerung bis Renningen ist aus unserer Sicht nicht dringend.

Die Magistrale Zürich-Stuttgart muss auch in Zukunft und auch während notwendiger Umbauarbeiten Halt in Böblingen machen. Wir fordern, dass eine Verbindung zum Stuttgarter Hauptbahnhof von der Bahn kontinuierlich gewährleistet wird. Keinesfalls darf die Gäubahn über Tübingen umgeleitet werden.

IX. Wohnungsbau

Eine befriedigende Wohnraumversorgung ist für die Zukunft des Landkreises und der Region Stuttgart von entscheidender Bedeutung.

Durch den anstehenden Generationswechsel in den Unternehmen und auf den Arbeitsplätzen wird sich ein zunehmender Wohnraumbedarf ergeben, den die Städte und Gemeinden durch Binnenentwicklung (Schließung von Baulücken, neue Wohnformen etc.) und durch eine maßvolle Außenentwicklung (neue Wohngebiete) unter Berücksichtigung aktueller städtebaulicher Erkenntnisse befriedigen müssen. Der FDP ist wichtig, dass bei einem Wachstum der Bevölkerung die Infrastruktur angemessen mitwächst und die Wohnqualität für die heutige Einwohnerschaft nicht zurückgeht.

Das Landratsamt kann durch zügige Baugenehmigungsverfahren dazu beitragen, dass vor Ort neue Häuser und Wohnungen entstehen können. Im Übrigen liegen planerische Entscheidungen in der Verantwortung der Städte und Gemeinden und – im Rahmen des Regionalplans – der Region Stuttgart.

X. Kultur

Die FDP unterstützt die Anstrengungen des Landkreises auf kulturellem Gebiet.

Die federführend vom Kreisarchiv betreute Aufarbeitung der Geschichte des Landkreises sollte auch in Zukunft in der gewohnten Qualität weitergeführt werden. Wir sprechen uns dafür aus, das Augenmerk in der nächsten Wahlperiode auf die Bearbeitung der 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts zu richten, da die Gefahr besteht, dass wir anderenfalls die Zeitzeugen für diese wichtige Phase unserer Entwicklung verlieren.

Auch der vom Landkreis initiierte Skulpturenweg wird von der FDP unterstützt. Weitere Kulturangebote, wie die Einrichtung eines Kepler-Wanderwegs von Leonberg nach Weil der Stadt sind zu prüfen und umzusetzen.

Der aktuelle Plan der Bundesregierung zur Cannabis-Legalisierung sieht mehrere Stufen vor. In der zweiten Stufe soll in gezielt ausgewählten Modellregionen Cannabis zum kommerziellen Verkauf freigegeben werden. Die FDP setzt sich im Landkreis Böblingen für die Bewerbung um den Status als Modellregion ein, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

XI. Energiepolitik

Angesichts der anstehenden Transformation unserer Energieversorgung sind auch der Landkreis und die Kommunen herausgefordert.

Die FDP unterstützt die im Landkreis aufgebauten Beratungsangebote für Private und für Unternehmen, die wie in der Vergangenheit zu mehr Energieeffizienz im Landkreis beitragen werden. Ein Schwerpunkt der Beratungsleistungen wird sich auch in Zukunft auf die verstärkte Nutzung der Solarenergie richten.

Die FDP unterstützt die Politik des Landrates, weitere Windkraftanlagen im Kreis Böblingen zu schaffen. Dafür müssen in Kooperation mit der Region und den Standortkommunen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen und geeignete Investoren gefunden werden. Die FDP ist aufgeschlossen für Finanzierungsmodelle, bei denen sich Bürger an den Investitionskosten beteiligen und von den Erträgen der Windkraftanlagen profitieren.

Eine Selbstverständlichkeit ist es, dass der Landkreis und die Gemeinden des Landkreises bei der Bewirtschaftung ihrer Gebäude und Flächen eine vorbildliche Energieeffizienz praktizieren.

XII. Abfallwirtschaft

Die Abfallentsorgung ist im Kreis Böblingen gut organisiert. Durch das System der Wertstoffhöfe, das auf Initiative der FDP um die orangefarbene Tonne ergänzt wurde, sparen die Gebührenzahler im Vergleich zu anderen Landkreisen spürbar Geld. Durch die hochwertige technische Ausstattung der Müllverbrennungsanlage kann der Abfall vor der Verbrennung sortiert werden, sodass die Verbrennung auf tatsächlich nicht recycelbare Abfallfraktionen beschränkt bleibt.

Gleichwohl sorgt die Kostenentwicklung (u.a. durch die CO₂-Besteuerung) für die Notwendigkeit einer Gebührenerhöhung. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen vor diesem Hintergrund erwarten, dass die Qualität der Entsorgung mindestens auf dem bisherigen Niveau erhalten bleibt.

Die FDP unterstützt das Projekt der Klärschlammverbrennung in Böblingen und die dadurch produzierte Wärme kann dann für die Städte Böblingen und Sindelfingen verwendet werden. Durch die kurzen Anfahrtswege bietet diese Anlage den Städten und Gemeinden des Landkreises besondere (finanzwirksame) Vorteile.